

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung**

### **öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Ausschuss Schule und Weiterbildung	09.03.2020
Jugendhilfeausschuss	10.03.2020

### **Bedarfssituation und Ausbaumaßnahmen im Offenen Ganztags an Kölner Grundschulen**

Im Hinblick auf die Bedarfssituation im laufenden Schuljahr und der geplanten Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz im Primarbereich durch die Bundesregierung ab dem Jahr 2025 hat die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen an die Verwaltung gerichtet (AN/0050/2020):

1. An welchen Schulstandorten sind Baumaßnahmen nötig, um die Anzahl von OGTS-Plätzen bedarfsgerecht in Hinblick auf den Rechtsanspruch ausbauen zu können?
2. An welchen dieser Grundschul-Standorte könnten Ausbaumaßnahmen zügig realisiert werden, an welchen sind alternative Konzepte zur Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten denkbar?
3. Unter Berücksichtigung des Sozialindex: An welchen Schulstandorten sind Investitionsmaßnahmen für den Ganztagsausbau vordringlich? (bitte priorisieren)
4. Welche Investitions- bzw. Baumaßnahmen sind jeweils im Einzelnen nötig und welche Investitionsvolumen ergeben sich jeweils schätzungsweise?
5. Von wem könnten und sollten diese Baumaßnahmen durchgeführt werden?

#### Antwort der Verwaltung:

Die Beantwortung der Fragen wird nachfolgend zusammengefasst:

Im Rahmen einer mündlichen Anfrage im Jugendhilfeausschuss hat die Verwaltung die beiden Fachausschüsse bereits weitestgehend über die weitere Vorgehensweise hinsichtlich der aktuellen Bedarfssituation und Einführung eines Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung informiert (vgl. 3354/2019).

Alle Schulstandorte werden in einem länger andauernden Prozess unter Beteiligung des Ganztags-trägers und der Schulleitung im Hinblick auf die Raumsituation, das pädagogische Konzept, die Verpflegungssituation, die Entwicklung der Schülerzahlen, die Lage im Sozialraum sowie die bereits vorgesehenen Baumaßnahmen sehr kleinteilig betrachtet und bewertet. Hierbei wird auch geprüft, ob Modifizierungen des pädagogischen Ganztagskonzeptes oder des Verpflegungssystems eine noch effektivere Nutzung aller vorhandenen Schulräume ermöglichen. Begonnen wird mit den Standorten, welche geringe Versorgungsquoten und längere Wartelisten aufweisen sowie in Wohnbereichen mit besonderem Jugendhilfebedarf liegen.

Die Schulverwaltung wird anschließend festlegen, wo welche Maßnahmen erforderlich sind und wie diese priorisiert werden. Ein wesentliches Kriterium werden hierbei sicherlich die Daten des Sozialindex darstellen. Zu beachten sind die derzeitigen Hemmnisse im Schulbau. Die priorisierende Schulbaumaßnahmenliste beinhaltet nur wenige Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Platzsituation im offenen Ganztags führen. Alle zusätzlichen ganztagspezifischen Baumaßnahmen werden in die bestehende Priorisierung eingeordnet werden müssen. Die anschließende Umsetzung wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, der über das Jahr 2025 hinausgeht.

Deshalb wird geprüft, ob und inwieweit Interimslösungen (z.B. durch die Anmietung von ortsnahen Räumen) gefunden werden können, gleichzeitig werden alternative Konzepte zur Schaffung zusätzlicher Räumlichkeiten entwickelt. Hier ist insbesondere an die Möglichkeit von Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen zu denken.

Wegen des dringenden Handlungsbedarfes, welcher sich aus einem Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ergibt, hat die Verwaltung die oben beschriebenen Prozesse bereits angestoßen. Eine kurzfristige und detaillierte Beantwortung der oben aufgeführten Fragen würde es jedoch erfordern, dass sich die für die einzelnen Standorte zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Schulentwicklung und der Gebäudewirtschaft ausschließlich dieser Aufgabe widmen könnten und andere wichtige Tätigkeitsfelder außer Acht lassen müssten. Aufgrund der bereits angesprochenen Situation im Schulbau ließen sich hierbei ohnehin zunächst keine Fortschritte erzielen.

Die Verwaltung wird die notwendigen Prüfungen sukzessive und mit hoher Priorität durchführen und die Fachausschüsse über die Ergebnisse informieren.

**gez. Voigtsberger**